

WAHLKREIS 49 – LÜNEBURG-STADT

KANDIDATIN: Ruth Maria Rogée (DIE LINKE)

.....

Allgemeine Auftaktfrage

Priorisieren Sie die folgenden Schulthemen: Unterrichtsversorgung, Schulsozialarbeit, Inklusion, Digitalisierung, Infektionsschutz - welche sind Ihre Top 3?

Alle Themen sind wichtig! Dennoch ist eine hervorragende Unterrichtsversorgung Kern der Schule und muss neben Fragen der Inklusion ganz vorne stehen. Infektionsschutz steht zur Zeit an zweiter Stelle. Das Verhindern der Ausbreitung von Corona ist eine Frage der Solidarität und ebenfalls ein Baustein, dass Unterricht überhaupt stattfinden kann. Schulsozialarbeit sorgt mit dafür, dass Unterricht für alle stattfinden kann und alle Kinder mitkommen können. Digitalisierung müsste Querschnittaufgabe sein – sie fördert Unterrichtsversorgung auch im Pandemie-Fall und ist Grundlage für zukunftsfähiges Lernen.

.....

Frage 1: Unterrichtsversorgung

Die gängige Praxis der Lehrerabordnungen an unterversorgte Schulen sorgt für eine Zusatzbelastung des Lehrpersonals und ist insbesondere in Pandemiezeiten kritisch zu sehen.

Es gibt ständig unterversorgte „Empfängerschulen“. Dem gegenüber erreichen ständig abgebende Schulen auch nicht mehr die 100 % Versorgung.

In der Vergangenheit sind die Berechnungen zur Unterrichtsversorgung immer wieder verändert worden, um überhaupt Zahlen nahe einer 100% igen Versorgung errechnen zu können.

„100 %“ bedeutet aber, dass schon die durch z.B. Krankheit oder Klassenfahrten fehlenden Lehrerstunden in der Summe nicht ausgeglichen werden können, weil kein Puffer vorhanden ist.

Einen solchen hat es in der Vergangenheit aber in Niedersachsen schon mal gegeben, einige andere Bundesländer haben ihn ebenfalls oder streben ihn zumindest an.

Bildungsverbände fordern seit langem als Richtmarke eine Unterrichtsversorgung von 105-110%.

Was unternehmen Sie für eine flächendeckende, ausreichende Versorgung mit Lehrkräften an jeder Schule, um Abordnungen wieder zur Ausnahme zu machen?

Die Unterversorgung an den Schulen in Niedersachsen muss ein Ende haben. Auch darf es nicht sein, dass einige Schulformen unter viel schlimmerem Mangel an Lehrer*innen leiden als andere. Zu wenig Lehrkräfte bedeutet, dass die Kinder schlechter lernen und betreut werden können. Zugleich werden die verbliebenen Lehrer*innen übermäßig stark belastet. Die steigende Zahl der Schüler*innen und die Zahl der Abgänge von Lehrer*innen war seit Jahren erkennbar – und dennoch hat die Landesregierung nicht ausreichend reagiert und gegengesteuert. Gewerkschaften wie die GEW und Elternverbände haben immer wieder auf diese Missstände hingewiesen, doch sie wurden nicht gehört.

Um eine bessere Versorgung zu gewährleisten braucht es eine massive Aufstockung an Lehrer*innen, Schulsozialarbeiter*innen und Betreuungskräften. Die GEW hat erst jüngst die Zahl von 10.000 fehlenden Beschäftigten an den Schulen in Niedersachsen genannt. Wir fordern in unserem Programm zur Landtagswahl die Einstellung von 7.500 Lehrer*innen plus Sozialarbeiter*innen und Betreuer*innen und kommen somit in eine ähnliche Höhe von benötigten Neueinstellungen.

Um Menschen für diese Berufe zu gewinnen, braucht es drei Maßnahmen: Zum einen müssen wir die Zahl der Studienplätze deutlich erhöhen, um so mehr Lehrer*innen auszubilden. Zum anderen müssen wir den Beruf attraktiver machen. Das geht vor allem über eine bessere Bezahlung und über Entlastung. Und drittens müssen wir Wege für Quereinsteiger*innen erleichtern und entsprechende Qualifizierungsangebote machen, um die Menschen auf ihre Arbeit an den Schulen vorzubereiten.

Für alle notwendigen Schritte ist jedoch eines notwendig: Die Entscheidung des Landes, mehr Geld für Bildung – also die Zukunft unserer Kinder – in die Hand zu nehmen. Dafür brauchen wir ein gerechtes Steuersystem, also zum Beispiel eine Vermögenssteuer, die ihren Namen auch verdient. Zudem müssen wir das Spar-Mantra der Schuldenbremse beenden, die lediglich eine Zukunftsbremse ist. Gute Bildung für unsere Kinder braucht massive Investitionen in Personal, Ausbildung und ordentliche Gebäude.

.....

Frage 2: Lehrkräfteaus- und weiterbildung

In der Thematik der unzulänglichen Unterrichtsversorgung steckt die mangelnde Aus-/Fortbildung neuer Lehrkräfte. Dabei ist qualifizierter Nachwuchs besonders wichtig, um neuen Herausforderungen gerecht zu werden, wie Digitalisierung, Migration und Inklusion. Studienabbrüche und vor allem auch das Ausscheiden der ausgebildeten Lehrkräfte durch Überlastung und Überforderung aus dem Schuldienst müssen verhindert werden.

Was unternehmen Sie, damit mehr Menschen den Lehrerberuf ergreifen, gut aus- und weitergebildet werden und ihm dadurch – hoffentlich - treu bleiben?

Wir brauchen erstens eine deutliche Anhebung der Ausbildungskapazitäten für Lehrkräfte, dafür brauchen wir mehr Studienplätze und die Bereitschaft des Landes, dafür Geld gezielt zu investieren.

Zweitens schlagen wir in unserem Wahlprogramm ein Quereinsteigsprogramm vor, das langfristig eine hohe Qualität des Unterrichts sichert, dem Fachkräftemangel entgegenwirkt und so auch Unterrichtsausfall verringert. Quereinsteigende brauchen gute Arbeits- und Lernbedingungen – dazu gehört auch ein gutes Einkommen während der Ausbildung bzw. Umschulung.

Drittens wollen wir eine Umstrukturierung der Lehramtsausbildung: Die zweiphasige Ausbildung wird durch eine einphasige ersetzt. Die berufspraktischen Anteile wollen wir in die universitäre Ausbildung integrieren. Zudem wollen wir Lehrkräfte nicht mehr nur für bestimmte Schulformen ausbilden. Lehrer*innen müssen alle Schüler*innen eines bestimmten Altersspektrums unterrichten können.

Viertens fordern wir eine Anhebung der Bezahlung der Lehrkräfte an Grund-, Haupt- und Realschulen auf A13/E13 sowie das Angebot einer Vollzeitstelle für alle Beschäftigten an Schulen. Teilzeitverträge sollen nur zustande kommen, wenn die*der Beschäftigte*n es wünschen. Diese Forderung muss endlich umgesetzt werden!

Fünftens braucht es eine wirkliche Entlastung aller Lehrkräfte durch eine neue Arbeitszeitverordnung. Sie muss Zeit vorsehen für das Arbeiten in multiprofessionellen Teams und für Weiterbildungsmöglichkeiten.

.....

Frage 3: Schulsozialarbeit

Alle Schulen sollten mit Schulsozialarbeit versorgt werden. Obwohl dieses Ziel nicht erreicht ist, hat sich das Land Niedersachsen aus der Finanzierung zurückgezogen und im Doppelhaushalt 22/23 keine Mittel dafür vorgesehen.

Was würden Sie unternehmen, um die Schulsozialarbeit an allen Schulen sicherzustellen?

Die dringend notwendige Einstellungsoffensive an den Schulen betrifft neben Lehrer*innen vor allem eben auch Schulsozialarbeiter*innen. Dafür muss das Land dringend Geld bereitstellen. Hier zu sparen bedeutet, an der Zukunft der Kinder an den Schulen zu sparen. Es braucht mehr Studienplätze sowie die Bereitschaft der Parteien im Landtag, die Ausbildung sowie dauerhafte Stellen an den Schulen zu finanzieren. Das notwendige Geld wäre da – bisher fehlt leider der Wille bei den Regierungsparteien, die notwendigen Schritte zu gehen. DIE LINKE wird – so wir am 9. Oktober in den Landtag einziehen – hier mit entsprechenden parlamentarischen Initiativen tätig werden.

.....

Frage 4: Förderschule Lernen

Ein großes Ziel heißt: Inklusion an allen Schulen. Gleichzeitig ist der Bedarf für die reine „Förderschule LERNEN“ weiterhin gegeben. Ein Beispiel aus unserer Region:

Die Johannes-Rabeler-Schule in Lüneburg ist eine Förderschule Lernen in städtischer Trägerschaft. Die Nachfrage nach Plätzen an dieser Förderschule sowohl aus dem Stadtgebiet als auch dem Landkreis ist weiterhin hoch; der Erhalt aber bisher nur bis 2028 gesichert. Daher werden bereits ab 2023 keine neuen Schüler*innen mehr angenommen!

Wie würden Sie sich für die notwendige personelle und materielle Ausstattung der Schulform „Förderschule Lernen“ entsprechend des Bedarfes im Land bis 2028 und, falls nötig, darüber hinaus einsetzen?

DIE LINKE setzt in Niedersachsen langfristig auf das erprobte Modell von integrierten Gesamtschulen, die Inklusion umfassend ermöglichen. Dafür braucht es gute Ausstattung und gut ausgebildetes Personal. Bis dahin müssen sich alle Schulformen in gleichem Umfang an der Inklusion beteiligen. Schulen müssen für Schüler*innen und Eltern passen: Solange also ein Bedarf nach Plätzen z.B. an der Johannes-Rabeler-Schule besteht und für Schüler*innen und Eltern keine vergleichbaren Angebote existieren, muss die Existenz gesichert werden. Hier sind die Landtagsfraktionen und die Landesregierung gefragt, gemeinsam mit dem Schulträger nach Lösungen zu suchen, die für Schüler*innen, Eltern und Beschäftigte gut sind.

.....

Frage 5: Inklusion

Der weiterhin hohe Bedarf nach der Schulform „Förderschule Lernen“ ist nur ein Beleg dafür, dass die Inklusion an Regelschulen noch nicht zufriedenstellend umgesetzt wird.

Dafür müssten Schulen besser ausgestattet werden, räumlich wie personell: mit Förderstunden, Schulbegleitung, Lehrerfortbildung, mit Differenzierungsräumen und mit niedrigeren Klassenteilern. Die kurzfristige Abschaffung der Doppelzählung von Inklusionskindern muss unbedingt wieder zurückgenommen werden.

Wie lautet Ihr Plan, um die Inklusion an allen Schulen umzusetzen?

Inklusion muss eine Selbstverständlichkeit werden. Schulen sind – genauso wie Kindergärten, Krippen und Horte – neben Orten der Bildung auch Orte der Persönlichkeitsbildung. Kinder können sich hier selbst, andere Menschen und die Gesellschaft kennenlernen und sich ausprobieren. Hier können sie auch Vielfalt als Normalität erfahren. Inklusion soll daher in Bildungseinrichtungen für Kinder kein Sonderthema, sondern eine Querschnittsaufgabe sein. Dafür braucht es gute Bildungseinrichtungen mit inklusiver Raumausstattung und einem guten Personalschlüssel. Lehrer*innen, Erzieher*innen und Sozialpädagog*innen müssen angemessen bezahlt werden und ausreichend Zeit zur Verfügung haben, um jedem Kind mit seinen unterschiedlichen Bedürfnissen gerecht werden zu können. Um Inklusion zu erreichen, braucht es eine konsequente Umsetzung der UN-Behindertenkonvention. Bis zur Einführung von „Integrierten Gesamtschulen“ als alleinige Schulform müssen sich alle Schulformen in gleichem Umfang an der Inklusion beteiligen. Praktisch bedeutet das unter anderem eine bessere Ausstattung und kleinere Klassen, gezielte Maßnahmen, um strukturellen Benachteiligungen entgegenzuwirken, eine konsequente Umsetzung von Barrierefreiheit in den Schulen unter anderem durch ein landesweites Investitionsprogramm zur barrierefreien Umrüstung aller Schulen in Niedersachsen sowie an jeder Schule förderpädagogische Fachlehrkräfte für die gesamte Unterrichtszeit.

.....

Frage 6: Digitalisierung und IT-Koordination

Im Rahmen der Digitalisierung benötigen Schulen fachliche Unterstützung bei der Betreuung der IT-Infrastruktur. Die Neueinstellungen halten nicht Schritt mit dem Bedarf.

(Dies könnte an der verhältnismäßig geringen Entgeltstufe liegen, die der Tarifvertrag für diese Stellen vorsieht.)

Gleichzeitig ist die Versorgung von Schulkindern aus finanziell schwachen Familien mit Tablets für digitale Bildung nicht so gewährleistet. Während Schulbücher, Taschenrechner usw. für solche Familien finanziert werden, gilt das nicht für Tablets. Wir brauchen hier dringend eine politische Lösung. Wir brauchen aber auch Lernmittelfreiheit für Tablets (get your own device) sowie Standards/Vorgaben durch das Land, was Ausstattung und Vergabeverfahren betrifft. Dabei ließen sich auch freiwerdende Budgets nutzen, wenn Tablets die bisher geförderten Taschenrechner und Schulbücher ersetzen.

Wie stehen Sie zur Lernmittelfreiheit und was unternehmen Sie

- **zur Ausstattung der Schulen mit IT-Fachpersonal?**
- **zur Ausstattung mit Hardware, WLAN und Cloud-Servern?**
- **zur Ausstattung der Schüler mit Tablets?**

DIE LINKE will kostenlose Lern- und Lehrmittel für alle Schüler*innen und Beschäftigten. Das umfasst sowohl Bücher aber angesichts der steigenden Preise für Arbeitsmaterialien sollte das auch Arbeitshefte usw. umfassen. Mit Blick auf die Digitalisierung von Bildung muss auch die Ausstattung der Schüler*innen mit Tablets zur Lernmittelfreiheit gehören. Doch es reicht nicht, alle Schüler*innen mit Tablets auszustatten, es braucht auch eine entsprechende dahinterliegende Struktur – angefangen bei funktionierendem WLAN über gut ausgebildete Lehrer*innen sowie IT-Fachpersonal und gute sowie datenschutzkonforme Server- und Cloud-Technik.

.....

Frage 7: Infektionsschutz an Schulen

Gem. Erkenntnissen der experimentellen Wissenschaft können während des Unterrichts mobile Luftfilter gegen indirekte Infektionen und Plexiglas-Trennwände mit umlaufender Kante gegen direkte Infektionen schützen. Unsere Schulen sind aber bis heute unzureichend mit dieser Technik ausgestattet, die Fördermittel sind ausgeschöpft. Der Einbau zentraler Lüftungsanlagen mit entsprechenden Filtern beginnt ansatzweise bei Schulneubauten - dieser Prozess dauert aber viel zu lange und wird der Pandemiesituation nicht gerecht.

Wie sehen lang- und kurzfristige Lösungen für Sie aus? UND: Sind Schulschließungen für Sie eine Option?

Die Landesregierung und die Schulträger haben bei der Installation von Luftfiltern in den letzten zwei Jahren versagt – das war verantwortungslos. Die schnelle und massenhafte Installation hätte mit hoher Sicherheit viele Erkrankungen von Schüler*innen und Lehrer*innen sowie den Familien verhindert und somit auch Schulausfällen vorgebeugt. Statt in einer akuten Corona-Pandemie nur auf offene Fenster zu setzen, wollen wir Luftfilter in allen Klassenräumen! Dazu müssen das Land und die Schulträger investieren. Das können die regierenden Fraktionen sowie die Landesregierung entscheiden. Bisher haben sie sich gegen die ausreichende Ausstattung entschieden. DIE LINKE wird im Landtag auf eine ausreichende Finanzierung der Bildung insgesamt, und darin eben auch der Ausstattung mit Luftfiltern, drängen. Mittel- und langfristig wird es entsprechende Richtlinien für den Neu- und Umbau von Schulen brauchen, um hier dauerhafte, praktikable Lösungen für Lüftung und ggf. Luftfilterung zu finden.

Schulschließungen sollten das letzte Mittel sein, um eine Pandemie zu stoppen. Somit sind für DIE LINKE bei erneut notwendigen Schritten zur Pandemiebekämpfung andere Maßnahmen prioritär, wie zum Beispiel die schnelle Ausstattung mit Filtern, Abstandsregeln, Maskenpflicht, Quarantäne einzelner Klassen usw. Die Schließung ganzer Schulen sollte nur das letzte Mittel sein.

.....

Frage 8: Raumbedarf an Schulen

Unter anderem durch Digitalisierung und Inklusion haben sich die Anforderungen an den Unterricht und die Räumlichkeiten an Schulen geändert. Für räumliche Ausstattung und Baumaßnahmen sind die Kommunen als Schulträger verantwortlich. Das Land muss Vorgaben machen, damit die Kommunen als Schulträger in der Pflicht sind und entsprechende Maßnahmen ergreifen. In den Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern und Nordrhein-Westfalen gibt das Land solche Standards vor.

Was sind Ihre Ideen für eine entsprechende Richtlinie?

Die Standards und Richtlinien für Baumaßnahmen an Schulen und Ausstattung müssen sich den aktuellen Veränderungen anpassen. Aus heutiger Sicht müssen Luftfilter in allen Klassenräumen und / oder gute Lüftungsmöglichkeiten Standard werden, da uns die Corona-Pandemie sicherlich weiterhin beschäftigen wird. Zudem sollten in den Richtlinien des Landes auch alle aktuellen Standards von Klimaneutralität und Nachhaltigkeit Beachtung finden. Darüber hinaus müssen Räume und Gelände von Schulen den Anforderungen von Inklusion und Barrierefreiheit entsprechen und partizipatives Lernen und altersgemäßes Spielen sowie Sport ermöglichen. Auch die räumlichen Interessen von Beschäftigten müssen Beachtung finden, ebenso wie Mindestanforderungen an Ausstattung für digitale Lern- und Lehrangebote. Auch die Ausstattung für Kantinen oder Mittagsversorgung müssen stärker in den Blick genommen werden, wenn wir unsere Schulen mittel- und langfristig in die erprobten Modelle von Integrierten Gesamtschulen weiterentwickeln wollen. Doch bei einer Richtlinie darf es nicht bleiben: Das Land muss dafür sorgen, dass für die Umsetzung der Anforderungen auch genügend Geld vorhanden ist.

.....

Frage 9: Berufsorientierung

Vom Fachkräftemangel sind Schulen selbst stark betroffen und natürlich die regionale Wirtschaft und Institutionen im Land Niedersachsen. Eine gute Berufsorientierung und Berufsvorbereitung nach verbindlichen Standards an den Schulen könnte den Fachkräftemangel abfedern. Auch diese Standards müssen vom Land vorgegeben werden.

Mit welchen Mitteln würden Sie die Berufsorientierung an Schulen verbessern und Landesstandards entwickeln?

Die Berufsorientierung muss an allen Schulen endlich als ein Querschnittsaufgabe verstanden werden - und zwar für alle Schüler*innen und völlig unabhängig davon, welcher schulische Abschluss angestrebt wird. Immer wieder erzählen Schüler*innen, dass sie wenig oder gar keine praxisnahen Informationen zur Ausbildungs- und Berufsorientierung bekommen. Es braucht daher eine dauerhafte, innerschulische Berufsorientierung, einen lebensnahen Unterricht auch mit dem Blick auf Berufe und Arbeit sowie gut vorbereitete und gut begleitete Praktika. Jedoch wäre es falsch zu glauben, allein mit besserer Berufsorientierung ließe sich ein realer oder angeblicher Fachkräftemangel beheben. Denn es braucht gute und vor allem attraktive Ausbildungsplätze.

.....
Frage 10:

Schüler*innen und ihre Eltern sollten Sie wählen, weil ...

DIE LINKE klar sagt: Vorfahrt für Bildungsausgaben statt Sparen auf Kosten der Kinder!